

**Empfehlungen zur Förderung junger Menschen
für den Übergang von der Schule in Hochschule und Beruf
vom 14. Februar 2007**

0. Vorbemerkungen

Nachdem der Landesausschuss für Berufsbildung (LABB) am 18.2.2004 „Empfehlungen für den Übergang junger Menschen von der Schule in den Beruf“ ausgesprochen hat, die sich im Wesentlichen mit der Frage der Einmündung der Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufen in Ausbildung und Beruf befassen, legt er nunmehr Empfehlungen vor, die diese mit dem Aspekt „Übergang in Hochschule und Beruf“ komplettieren. Sie formulieren ein angestrebtes Gesamtbild der Übergänge von der Schule in den Beruf, gleichgültig, ob diese über die berufliche oder die akademische Bildung erfolgen. Dies ist umso mehr der Fall, als ein relevanter Anteil der Hochschulzugangsberechtigten eine berufliche Ausbildung im dualen System absolviert. So hatten allein 28% der Studienanfänger im Jahre 2003 zuvor eine Berufsausbildung abgeschlossen. Dazu kommen Modelle der kombinierten Bildungsgänge, in denen Hochschulstudium und duale Ausbildung integriert werden.

1. Ausgangslage

Die Struktur der Wirtschaft hat in den vergangenen Jahren erhebliche Veränderungen erfahren. Dies wird auch in Zukunft zu strukturellen Veränderungen des Arbeitsmarktes führen und alle Bereiche der Ausbildung und des Berufslebens einbeziehen.

Die Entscheidungssituation für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II ist durch diese Veränderungen komplexer geworden. Sie haben nicht nur die Entscheidung zwischen Ausbildung und Studium sondern auch die richtige Einschätzung der Zusammenhänge zwischen Studienfachentscheidung und Berufswahl zu treffen.

Der Bedarf an rechtzeitiger Beratung und Begleitung bei der Gestaltung des Übergangs von der Schule in Hochschule und Beruf ist erheblich gewachsen.

Insbesondere ist auf folgende Entwicklungen hinzuweisen:

- Im Zuge der Umsetzung des sogen. Bologna-Prozesses werden an allen Hochschulen die neuen, international verabredeten Abschlüsse Bachelor und Master und damit neue Studienstrukturen eingeführt. Dabei entstehen neue, kürzere Studiengänge, die Studium und berufliche Praxis enger als bisher miteinander verbinden und die zugleich zunehmend neue Berufsfelder eröffnen.

- Eine wachsende Zahl an Jugendlichen absolviert Teile ihres Studiums im Ausland.
- Parallel dazu verändern sich die Modalitäten der Zulassung zum Hochschulstudium im Inland. Das Recht der Hochschulen, sich unter den Studienbewerbern ihre Studierenden auszuwählen, ist deutlich gestärkt worden; sie können u.a. die Noten der für das jeweilige Studienfach notwendigen Abiturfächer besonders gewichten und die Bewerberinnen und Bewerber eigenen Eignungstests unterziehen. Die Wahl der Abiturfächer wird daher bedeutender.
- Zudem entstehen neue Chancen, Ausbildung und Studium zu verknüpfen. In der kombinierten oder konsekutiven Form der dualen Studiengänge kann eine berufliche Erstausbildung mit einem Hochschulstudium verbunden werden. Insbesondere die Fachhochschulen bieten zahlreiche Studiengänge an, die den meisten Jugendlichen noch unbekannt sind.
- Für zahlreiche Ausbildungsberufe mit hohem Anspruchsniveau suchen Betriebe vor allem Jugendliche mit (Fach)Hochschulreife. Darüber hinaus werden für Auszubildende mit Hochschulreife diverse Zusatzqualifikationen mit der dualen Ausbildung verknüpft.

Vor diesem Hintergrund besteht die erhöhte Notwendigkeit, die Angebote im Bereich der Studien- und Berufsberatung weit mehr als bisher zu optimieren, d.h. den Schülerinnen und Schülern möglichst frühzeitig (bezogen auf die Jugendlichen mit Bildungsziel „Studium“ spätestens in Klasse 10) systematisch Entscheidungshilfen für die Berufs- und Studienfachwahl zu geben. Junge Frauen sollten gezielt auf Möglichkeiten in technischen Berufen und auf Studiengänge in Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaften und Informatik hingewiesen werden. Dabei müssen geeignete Ansprachekonzepte entwickelt und eingesetzt werden.

Die Frage der angemessenen Beratung ist auch vom Rat der europäischen Union zu einer Schlüsselfrage bei der qualitätsvollen Entwicklung der Bildungs- und Ausbildungssysteme erklärt worden. Seine diesbezügliche Empfehlung vom 16.05.04 ist von allen Staaten als Grundlage für zügige Umsetzungsschritte angenommen worden. und findet seine Entsprechung im Bemühen der Landesregierung NRW, „im Bildungssystem vorhandene Schnittstellen (z.B. Übergang Schule-Hochschule) so zu harmonisieren, dass Schülerinnen und Schüler diese nicht als Hürde erleben, sondern als einen gestalteten Prozess ihres individualisierten Bildungsganges.“¹

Aktuell fühlen sich allerdings nur 32% der Studienanfänger in NRW sehr gut bzw. gut informiert und beraten. Die relevanten Angebote, Informationen und Fachkompetenzen zur Beratung sind zwar vorhanden, jedoch nicht „just in time“ abrufbar. Zudem bewirkt die Menge des, nicht zuletzt in den elektronischen Medien, vorhandenen Materials, dass Jugendliche vor dieser Fülle kapitulieren, da sie sie nicht zu nutzen wissen. Eine Nutzung solcher Angebote kann nur dann sinnvoll erfolgen, wenn diese sich in die jeweilige Le-

¹ Eine gemeinsame Kabinettsvorlage ist vom MIWFT und MSW erarbeitet und vom Kabinett am 23. Mai 2006 beschlossen worden. Diese Konzeption wird nun weiter konkretisiert mit dem Ziel, den Übergang von der Schule in die Hochschule zu harmonisieren.

bensplanung inhaltlich und systemisch strukturell einfügen lassen. Deshalb ist auf Seiten der Jugendlichen die Selbstvergewisserung über die eigenen Entscheidungskriterien notwendig.

Für die Schule heißt dies, die *Entwicklung von Entscheidungskompetenz* als zentrale Aufgabe der Berufswahl und wichtige allgemeine Schlüsselkompetenz in den Unterricht zu integrieren

2. Empfehlungen für Unterricht und Beratung

2.1. Berufsorientierung und berufsfachliche Bildung in den hochschulzugangsorientierten Bildungsgängen der Sekundarstufe II:

Eine Schule, die Kinder und Jugendliche auf eine Zukunft vorbereitet, in der immer mehr Produkte und Arbeitsprozesse sowie die meisten Lebensbezüge zunehmend wissensbasiert sind, muss höhere Anforderungen an die Entwicklung eines aktiven, das heißt problem- und anwendungsbezogenen Wissens, an die Eigeninitiative und die Fähigkeit zum Lernen im Team stellen.

Empfehlung: Aufgabenstellungen in verschiedenen Fächern müssen in einen engeren Zusammenhang mit der Lebens- und Arbeitswelt gebracht und fächerübergreifend angelegt werden.

Ebenso wie in der Sekundarstufe I gilt es, fachliche Curricula auf die Möglichkeit berufsbezogener inhaltlicher Lernbereiche bzw. anwendungsbezogener Problemstellungen abzuklopfen, zu Facharbeiten in diesen Themenbereichen anzuregen und Zeit für vertiefte Berufs- oder Betriebspraktika verbindlich und systematisch auch in Schulferien und außerhalb der Regelunterrichtszeit vorzusehen und Praxiserfahrungen zu reflektieren und für den Unterricht produktiv zu nutzen. Um die notwendigen Prozesse für alle Schülerinnen und Schüler initiieren zu können, bedarf es in der gymnasialen Oberstufe und auch in den vollzeitschulischen Bildungsgängen des Berufskollegs einer Thematisierung von Berufs- und Anwendungsbezügen über die Lernbereiche und Fächer hinweg.

Empfehlung: Es ist deshalb notwendig, dass die Schulen hier Modelle finden, in denen die Vielfalt der Berufsmöglichkeiten in Unterrichtszusammenhängen thematisiert werden. Hierzu bieten sich insbesondere zwei Anknüpfungspunkte an:

- *eine fächerübergreifende Abstimmung und Koordination bezüglich der Reflexion von Praxiserfahrungen, des Anwendungs- und Berufsweltbezuges*
- *Facharbeiten, z.B. indem die Möglichkeit gegeben wird, hier einen berufsfachlichen Schwerpunkt zu setzen, beispielsweise in Verbindung mit fremdsprachlichem oder mathematisch-naturwissenschaftlichem Unterricht.*

2.2. Einblicke in Hochschulen und Praxiserfahrungen in der Berufswelt

Auch in der Sekundarstufe II haben Praktika, und zwar Praxiserfahrungen in der Hochschule und in akademischen Berufen, einen wichtigen Stellenwert. Sie vermitteln einen ersten Eindruck von der „Lebenswelt Hochschule“, bilden eine Brücke in den nächsten Ausbildungsabschnitt und sind geeignet, die Entscheidung zum Übergang in der Sekundarstufe II zu validieren.

Empfehlung: Neben dem Modell der Hochschulinformationstage ist es notwendig, eine Vielfalt entsprechender Angebote (Schnupperstudium, Schülerlabore, Juniorstudium, Praxisbegleitung in Betrieben oder freien Berufen) flächendeckend in allen Schulformen der Sekundarstufe II zu realisieren. Die Angebote sollen auch darauf abzielen, junge Frauen stärker für technische Berufe zu interessieren.

Auch hier ist die Bereitschaft zur Kooperation von außerschulischen Partnern, insbesondere von Hochschulen, Wirtschaftsorganisationen, Unternehmen, Freiberuflern sowie die Sicherstellung der Qualität dieser Maßnahmen vor Ort und ihrer Vor- und Nachbereitung in den Schulen für den Erfolg entscheidend.

Insbesondere die gemeinsame Reflektion der Arbeits- und Betriebserfahrungen ist ein wesentliches Moment der Verankerung anschlussbezogenen Denkens innerhalb der Sekundarstufe II.

Sie können als Anlass und Brücke dazu dienen, den in der Sekundarstufe I angelegten Berufswahlpass weiterzuführen, insbesondere in seinem kompetenzorientierten Teil. Dazu kann besonders die systematische und reflektierte Nutzung von Assessmentcentern, Kompetenzchecks oder Potenzialerhebungen beitragen.

2.3. Beratung im Übergang Sekundarstufe I / Sekundarstufe II

Schon bei der Information der Eltern und der Jugendlichen über die formale Gestalt der gymnasialen Oberstufe muss parallel eine Übersicht bzw. Einführung in die Nutzung der vorhandenen Informationsquellen zur Studien- und Berufswahl gegeben werden. Vor Beginn der Sekundarstufe II können z.B. alle Jugendlichen in Form eines fiktiven Bewerbungsschreibens bzw. eines kurzen Statusberichts Gründe und Ziel für die Fortführung ihrer schulischen Laufbahn niederlegen und dazu die entsprechenden Internetquellen nutzen, insbesondere www.studierenInNRW.de und www.berufenet.de

Empfehlungen: Ziele, Inhalte, Formen und Veranstaltungen der Berufswahlorientierung in der gymnasialen Oberstufe sollten im Schulprogramm festgeschrieben werden. Das Konzept sollte mit der Berufsberatung der örtlichen Arbeitsagentur beraten und abgestimmt werden. Bei seiner Erstellung sollte der fachliche Ratschlag der Zentralen Studienberatung der nächstgelegenen Hochschule eingeholt und zugleich auch eine feste Kooperation vereinbart werden.

Neben diesen eng mit dem Unterricht verzahnten Informationsangeboten sind in jeder Jahrgangsstufe über die Teilnahme an Berufsinformationsbörsen hinaus einzelne Beratungs- und Informationstage vorzusehen.

Junge Menschen mit Einwanderungsbiographie – wie auch ihre Eltern - sollten in

besonderem Maße angesprochen werden und adressatengerechte Hilfestellung und Beratung erhalten.

3. Empfehlungen für strukturelle Veränderungen auf schulischer und regionaler Ebene

Auch für die Berufswahlorientierung in der Sekundarstufe II gilt: Die Schlüsselfrage für die nachhaltige Verbesserung der Situation, dass die einzelnen Jugendlichen, aber auch ihre Beratungslehrer angesichts der Vielzahl der Akteure und Maßnahmen kaum noch in der Lage sind, die entsprechenden Angebote zu nutzen, ist die Schaffung und Weiterentwicklung verbindlicher Strukturen auf innerschulischer und lokaler/regionaler Ebene.

Empfehlungen:

3.1 Ausbau des Beratungs- und Betreuungsangebots an Schulen und Hochschulen

In Schule wie Hochschule sollte das Beratungs- und Betreuungsangebot durch Lehrerinnen und Lehrer sowie durch Hochschulpersonal ausgedehnt, Studierende vermehrt als Mentoren in die Beratung von Schülerinnen und Schüler eingebunden und sämtliche Angebote stärker vernetzt werden. So könnten beispielsweise Studentinnen in ingenieurwissenschaftlichen Fächern als Mentorinnen fungieren und Schülerinnen über Studieninhalte und Bedingungen informieren.

Innerhalb der Hochschulen sollten die verschiedenen Angebote und Maßnahmen unter dem Dach eines Gesamtkonzepts koordiniert und abgestimmt werden. Die zentralen Studienberatungsstellen wie die Fach-Studienberatungsstellen sollten ausgebaut und die Qualität ihrer Arbeit evaluiert und dauerhaft gesichert werden.

Auch das Angebot an Vor- und Brückenkursen und von Online-Tests, in denen Studieninteressierte ihr Wissen mit den Studienanforderungen abgleichen und Defizite verringern können, sollte deutlich ausgeweitet werden.

3.2. Berufswahlkoordination

Mindestens eine/r der Beratungslehrer/innen bzw. die für die Oberstufenkoordination zuständige Person sollte als Berufswahlkoordinator/in den Prozess der Berufswahlkoordination und Studieninformation verantwortlich koordinieren und ein Netzwerk schulischer Multiplikatoren aufbauen.

Die folgenden gemeinsamen bzw. arbeitsteiligen Tätigkeitsbereiche stehen dabei im Mittelpunkt:

- a) Ausweitung der bestehenden Partnerschaften Schule - Betrieb bzw. Schaffung von Partnerschaften Schule – Hochschule.
- b) Systematisches Herstellen und Pflegen von Kontakten zu Beratungsangeboten für Jugendliche, die vor dem Abitur die Sekundarstufe II verlassen.

- c) Integration des Themas Studien- und Berufswahl in die regelmäßig vorgesehenen Informationsveranstaltungen für die Oberstufenschüler/innen.
- d) Kooperation mit anderen Oberstufenkoordinatoren zu diesem Thema, um den Arbeitsaufwand zu verringern und die Angebotspalette zu verbreitern, d.h. spezifische Veranstaltungen gemeinsam zu planen und durchzuführen oder auch eigene mit spezifischem Profil für Jugendliche anderer Oberstufen zu öffnen.
- e) Ausbildungsgänge am Berufskolleg

3.3. Beiräte Schule/Beruf

In den Beiräten Schule – Beruf sollte mindestens eine Vertreterin oder ein Vertreter für den Bereich der Sekundarstufe II / allgemein bildender gymnasialer Oberstufen benannt sein.

Mindestens einmal im Jahr sollte sich eine Sitzung mit dem Thema Studien- und Berufsorientierung beschäftigen unter Beteiligung der dafür zuständigen bzw. interessierter Beratungsstellen und mindestens eines Vertreters / einer Vertreterin aus den Zentralen Studienberatungsstellen der Hochschulen, um auf beiden Seiten Standards der studienvorbereitenden Beratung festzulegen und ihre Einhaltung zu überprüfen. Gegebenenfalls ist eine infrastrukturelle Verstärkung der Beiräte vorzusehen.

4. Empfehlungen zur Lehreraus- und -fortbildung

Empfehlung: Die genannten Punkte müssen in der Lehreraus- und -fortbildung, z.B. im Rahmen von Praxiselementen in der ersten Ausbildungsphase bzw. in der Fortbildung, angemessener berücksichtigt werden, als dies aktuell der Fall ist.

Im Einzelnen sind folgende Wissenstatbestände über die Beratungslehrer in den Kollegien anzulagern:

Sie sollten wissen, welche fachlichen und persönlichen Voraussetzungen für ein erfolgreiches Studium und eine Berufsausbildung heute benötigt werden, und vor allem das bestehende Beratungs- und Informationsangebot sowie die möglichen Kooperationen und Projektbeteiligungen aller Institutionen, die bei der Berufs- und Studienwahlvorbereitung beteiligt sind, selbst kennen und nutzen lernen.

Auf dieser Grundlage sollten Lehrerinnen und Lehrer möglichst auch

- a) die strukturellen Veränderungen im Bereich Studium und Ausbildung kennen,
- b) Bescheid wissen über die Rahmenbedingungen des Studierens und des dualen Ausbildungssystems,
- c) über Besonderheiten informieren können.

Eine erfolgreiche Studienwahlvorbereitung in der Sekundarstufe II ist nur leistbar, wenn sie u. a. auf der Zusammenarbeit mit Vertretern der Hochschulen basiert. Dies erfordert auf deren Seite

- die hochschulischen Angebote und Maßnahmen unter dem Dach eines Gesamtkonzeptes zu entwickeln, zu koordinieren und abzustimmen, damit einzelne Aktivitäten und Initiativen nicht an den Bedürfnissen der Zielgruppe vorbei ins Leere laufen,
- insbesondere die zentralen, aber auch die Fach-Studienberatungsstellen auszubauen sowie die Qualität ihrer Arbeit dauerhaft zu evaluieren und zu sichern.

5. Informationsangebote

Das Internet-Portal www.berufenet.de gibt einen umfassenden Überblick über das Spektrum der Berufe mit Hinweis auf die entsprechenden Tätigkeitsfelder.

Das Internetportal <http://www.innovation.nrw.de/StudierenInNRW/index.html> ist ein umfassendes Medium für das Studium in NRW, das auch auf die gesamte Breite der an den Hochschulen vorliegenden Angebote zugreift.

Heft 126 der BLK gibt einen ausführlichen Überblick über Problemlagen und konkrete Vorhaben und Vorgehensweisen zur Studien- und Berufswahlorientierung in der Sek. II. Es ist ein unerlässliches Informationsangebot zur Umsetzung von Beratungsstrukturen im Übergang Schule - Hochschule.

6. Zusammenfassung der Empfehlungen

- *Aufgabenstellungen in verschiedenen Fächern müssen in einen engeren Zusammenhang mit der Lebens- und Arbeitswelt gebracht und fächerübergreifend angelegt werden.*
- *Es ist deshalb notwendig, dass die Schulen hier Modelle finden, in denen die Vielfalt der Berufsmöglichkeiten in Unterrichtszusammenhängen thematisiert werden. Hierzu bieten sich insbesondere zwei Anknüpfungspunkte an:*
 - *eine fächerübergreifende Abstimmung und Koordination bezüglich der Reflexion von Praxiserfahrungen, des Anwendungs- und Berufsweltbezuges*
 - *Facharbeiten, z.B. indem die Möglichkeit gegeben wird, hier einen berufsfachlichen Schwerpunkt zu setzen, beispielsweise in Verbindung mit fremdsprachlichem oder mathematisch-naturwissenschaftlichem Unterricht.*
- *Neben dem Modell der Hochschulinformationstage ist es notwendig, eine Vielfalt entsprechender Angebote (Schnupperstudium, Schülerlabore, Juniorstudium, Praxisbegleitung in Betrieben oder freien Berufen) flächendeckend in allen Schulformen der Sekundarstufe II zu realisieren. Die Angebote sollen auch darauf abzielen, junge Frauen stärker für technische Berufe zu interessieren.*
- *Ziele, Inhalte, Formen und Veranstaltungen der Berufswahlorientierung in der gymnasialen Oberstufe sollten im Schulprogramm festgeschrieben werden. Das*

Konzept sollte mit der Berufsberatung der örtlichen Arbeitsagentur beraten und abgestimmt werden. Bei seiner Erstellung sollte der fachliche Ratschlag der Zentralen Studienberatung der nächstgelegenen Hochschule eingeholt und zugleich auch eine feste Kooperation vereinbart werden.

Neben diesen eng mit dem Unterricht verzahnten Informationsangeboten sind in jeder Jahrgangsstufe über die Teilnahme an Berufsinformationsbörsen hinaus einzelne Beratungs- und Informationstage vorzusehen.

Junge Menschen mit Einwanderungsbiographie – wie auch ihre Eltern - sollten in besonderem Maße angesprochen werden und adressatengerechte Hilfestellung und Beratung erhalten.

- *In Schule wie Hochschule sollte das Beratungs- und Betreuungsangebot durch Lehrerinnen und Lehrer sowie durch Hochschulpersonal ausgedehnt, Studierende vermehrt als Mentoren in die Beratung von Schülerinnen und Schüler eingebunden und sämtliche Angebote stärker vernetzt werden. So könnten beispielsweise Studentinnen in ingenieurwissenschaftlichen Fächern als Mentorinnen fungieren und Schülerinnen über Studieninhalte und Bedingungen informieren.*

Innerhalb der Hochschulen sollten die verschiedenen Angebote und Maßnahmen unter dem Dach eines Gesamtkonzepts koordiniert und abgestimmt werden. Die zentralen Studienberatungsstellen wie die Fach-Studienberatungsstellen sollten ausgebaut und die Qualität ihrer Arbeit evaluiert und dauerhaft gesichert werden.

Auch das Angebot an Vor- und Brückenkursen und von Online-Tests, in denen Studieninteressierte ihr Wissen mit den Studienanforderungen abgleichen und Defizite verringern können, sollte deutlich ausgeweitet werden.

- *Mindestens eine/r der Beratungslehrer/innen bzw. die für die Oberstufenkoordination zuständige Person sollte als Berufswahlkoordinator/in den Prozess der Berufswahlkoordination und Studieninformation verantwortlich koordinieren und ein Netzwerk schulischer Multiplikatoren aufbauen.*
- *In den Beiräten Schule – Beruf sollte mindestens eine Vertreterin oder ein Vertreter für den Bereich der Sekundarstufe II / allgemein bildender gymnasialer Oberstufen benannt sein.*
Mindestens einmal im Jahr sollte sich eine Sitzung mit dem Thema Studien- und Berufsorientierung beschäftigen unter Beteiligung der dafür zuständigen bzw. interessierter Beratungsstellen und mindestens eines Vertreters / einer Vertreterin aus den Zentralen Studienberatungsstellen der Hochschulen, um auf beiden Seiten Standards der studienvorbereitenden Beratung festzulegen und ihre Einhaltung zu überprüfen. Gegebenenfalls ist eine infrastrukturelle Verstärkung der Beiräte vorzusehen.
- *Die genannten Punkte müssen in der Lehreraus- und -fortbildung, z.B. im Rahmen von Praxiselementen in der ersten Ausbildungsphase bzw. in der Fortbildung, angemessener berücksichtigt werden, als dies aktuell der Fall ist.*